

Probleme und Lösungsansätze des gemeindenahen Betreuungsnetzes für Personen mit einer psychischen Erkrankung unter COVID-19*)

Heinz Katschnig^{1,2}, Gabriele Niedermayer¹, Sylvia Dörfler¹

¹IMEHPS.research, ²Medizinische Universität Wien

Kontakt: heinz.katschnig@meduniwien.ac.at

Abstract

Hintergrund der Studie

Noch vor wenigen Jahrzehnten verbrachten Personen mit schweren psychischen Erkrankungen große Strecken ihres Lebens unter menschenunwürdigen Bedingungen in psychiatrischen Anstalten. Durch Fortschritte der Therapie und mit der professionellen Unterstützung durch gemeinnützige psychosoziale Organisationen (PSOs) können diese Personen heute, dem Prinzip der „Inklusion“ folgend, „in der Gemeinde“ leben. In ambulanten und mobilen Diensten, Tagesstruktureinrichtungen und betreuten Wohnformen erhalten diese Personen mit einem komplexen Unterstützungsbedarf vielfältige sozialpsychiatrische Therapien durch multiprofessionelle Teams. Da die Aktivitäten der PSOs essenziell face-to-face Kontakte und Bewegung im öffentlichen Raum implizieren, traf der Corona Lockdown die PSOs und ihre KlientInnen besonders hart.

Methode

70 PSOs in drei Bundesländern wurden Anfang Mai 2020 zu einer anonymen qualitativen Online-Befragung über ihre Erfahrungen während der ersten Wochen des Lockdown eingeladen. Gleichzeitig wurden vier Betroffenenvertretungsgruppen befragt – über diese Resultate wird separat berichtet.

Ergebnisse

In den 243 vielfach sehr ausführlichen Berichten von Führungskräften und MitarbeiterInnen der PSOs zeigte sich, dass die überwiegend aus Sozialbudgets finanzierten PSOs von ihren Fördergebern oft nur unklare Informationen darüber erhielten, unter welchen Bedingungen die Finanzierung weiter erfolgen würde. Trotz dieser ökonomischen Unsicherheit, dem Mangel an Schutzausrüstung, Schwierigkeiten mit Homeoffice und komplizierten Personalproblemen führten die PSOs die Betreuung ihrer KlientInnen mit großem Engagement und viel Kreativität weiter. Durch die Corona-Krise wurde deutlich, dass die PSOs ein essenzieller Teil der psychiatrischen Versorgung sind, sich aber in einer prekären Situation befinden, da ihre Finanzierung, wie im Sozialbereich üblich, ermessensabhängig ist und es keine einheitlichen Regeln dafür gibt. Die MitarbeiterInnen der PSOs, die „draußen in der Gemeinde“ arbeiten, sind eine genauso vulnerable Gruppe wie ihre KlientInnen.

Schlussfolgerung

Die Gesundheitspolitik darf sich im Bereich außerstationärer Behandlung von Personen mit einer psychischen Erkrankung nicht auf den kassenfinanzierten niedergelassenen Bereich in Einzelpraxen beschränken, in dem in der Regel Personen mit weniger komplexem Unterstützungsbedarf wegen einer psychischen Erkrankung behandelt werden, als dies in gemeindepsychiatrischen Diensten und Einrichtungen geschieht.

*) Das Projekt wurde vom Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds (WWTF) gefördert unter der Projektnummer COV20-032 (April - Juli 2020)